

Wichard Woyke

Parlamentswahlen 2007 – zum letzten Mal Wählen für Belgien?

Das Königreich Belgien hat nach den Parlamentswahlen im Sommer 2007 eine schwere Krise durchlaufen, die sich vordergründig in einem äußerst langen Regierungsbildungsprozess niederschlug. Im Grunde ging es aber bei der Regierungsbildung um das weitere Zusammenleben, besonders der Flamen und der Wallonen, in einem gemeinsamen Staat Belgien. Zunehmend werden, insbesondere von flämischer Seite, separatistische Bestrebungen erkennbar, die sich auch in der Entwicklung des belgischen Parteiensystems niederschlagen.

Im folgenden Beitrag wird ein kurzer Einblick in das komplexe und komplizierte belgische politische System gegeben, um dann anschließend die Parlamentswahlen vom Juni 2007 zu analysieren.

Belgiens kompliziertes politisches System

Seit der 1993 in Kraft getretenen vierten Verfassungsreform ist aus dem Einheitsstaat Belgien ein föderaler Staat geworden. Neben dem Abgeordnetenhaus und dem Senat auf der Bundesebene existieren auf der Ebene der Gemeinschaften und Regionen der Flämische Rat, der Französische Gemeinschaftsrat und der Rat der deutschsprachigen Gemeinschaft. Hinzu kommen als weitere parlamentarische Körperschaften auf dieser Ebene der Regionalrat Brüssel-Hauptstadt und der Wallonische Regionalrat. Die Entscheidungsbefugnisse sind zwischen dem nationalen Parlament und den regionalen Parlamenten geteilt. Belgien verbindet die Herrschaftsform der Demokratie und die Organisationsform der Monarchie in einer parlamentarischen Monarchie, in der das Prinzip der Gewaltentrennung mit dem der Gewaltenverschränkung verknüpft wird. „Die föderale gesetzgebende Gewalt wird vom König, von der Abgeordnetenversammlung und dem Senat gemeinsam ausgeübt“ (Art. 36). Direktdemokratische Verfahren sieht die Verfassung nicht vor. Die verfassungsmäßige Gewalt des Königs sowie seine Rolle innerhalb der Exekutive sind von der Verfassung genau normiert. Die Regierung ist den beiden Kammern gegenüber verantwortlich. Sie kann beim König die Auflösung der Kammern beantragen. Die rechtsprechende Gewalt wird von den Gerichten ausgeübt (Art. 30). Ein weiteres Verfassungsprinzip kommt in der Repräsentation zum Tragen, die wiederum durch Wahlen für die Abgeordneten-

kammer zum Ausdruck kommt (Art. 47 ff.). Die Verfassung enthält darüber hinaus einen Grundrechtskatalog, der den Bürgern sowohl Freiheits- als auch Abwehrrechte gegen den Staat garantiert. Belgien versteht sich von der Verfassung her als Rechtsstaat, nicht aber unbedingt als Sozialstaat.

Abbildung 1: Belgische Provinzen und Kommunen



Quelle: C. HECKING, *Das politische System*, in: J. KOLL (Hrsg.), *Belgien – Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft*, Münster 2007, S.47

Das Parlament besteht auf Bundesebene aus zwei Kammern (Abgeordnetenhaus, Senat) mit nun unterschiedlichen Rechten. „Die Kammern treten von Rechts wegen jedes Jahr am zweiten Dienstag im Oktober zusammen, falls sie nicht schon vorher vom König einberufen worden sind“ (Art.70). Trotz der Verlagerung wichtiger politischer Prozesse in die Gesprächsrunden der Parteivorsitzenden (*tables rondes/ronde-tafel-gesprekken*) hat das Parlament weiterhin die Funktion der Kontrolle der Regierung durch das Interpellations-, Enquete- und Fragerecht. Seit der Wahl vom 21. Mai 1995 steht die Abgeordnetenkammer ganz eindeutig im Zentrum des politischen Entscheidungsprozesses auf Bundesebene, da sie zahlreiche Befugnisse ohne die Zustimmung des Senats ausüben kann. So stimmt sie allein ab über Vertrauens- bzw. Misstrauensanträge gegen Regierungsmitglieder, Gesetze über die zivil- und

strafrechtliche Verantwortlichkeit der Minister, die Haushaltspläne und Rechnungen des Staates, die Festlegung des Armeekontingentes und die Verleihung von Einbürgerungen (Naturalisierungen). Daneben gibt es aber auch Bestimmungen, für die Senat und Kammer gleichberechtigt zuständig sind, unter anderem die Erklärung zur Verfassungsrevision sowie die Revision selbst; die Verabschiedung von Sondergesetzen; die Verabschiedung von Gesetzen, die die jeweiligen Zuständigkeiten der föderalen Behörde, der Gemeinschaften und Regionen festlegen und die Vorbeugung und Beilegung von Konflikten zwischen diesen Gliedstaaten zum Ziele haben; Gesetze zur Gewährleistung der internationalen und überstaatlichen Verpflichtungen sowie weiterhin das Vorschlagsrecht für Kandidaten zum Schiedshof und dem Staatsrat. Diese gemeinsam auszuübenden Befugnisse sind also Angelegenheiten, die die Fundamente des belgischen Staates, betreffen.

Um die Effizienz der Beratungen zu erhöhen und Kosten einzusparen, wurde die Zahl der Mandatsträger im Abgeordnetenhaus durch die vierte Staatsreform von 212 auf 150 reduziert, so dass erstmals nach den Wahlen vom Mai 1995 eine deutlich verkleinerte Kammer gewählt wurde. Die Flamen verfügen im Abgeordnetenhaus über 88 Sitze, die 62 übrigen Abgeordneten kommen aus der französischen Sprachgruppe, wozu ebenfalls der Abgeordnete der deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien zählt. Die Abgeordneten werden für vier Jahre gewählt. Meistens wird die Wahlperiode kaum ausgeschöpft, da aus parteipolitischen Zweckmäßigkeitserwägungen häufig das Parlament vorzeitig aufgelöst wird. Die Abgeordneten vertreten die Nation, nicht aber die Wähler ihres Wahlkreises (Art. 32). Auch verfügen sie über ein freies Mandat (Art. 44).

In der zahlenmäßigen Zusammensetzung des Senats wird eine revolutionäre Änderung erkennbar. Bestand er bisher aus 184 Mitgliedern (106 direkt gewählte Senatoren, 52 Provinzsenatoren und 26 Kooptierte – ohne den damaligen Prinz Albert), so bilden seit der Wahl vom 21.5.1995 nur noch 71 Senatoren die Zweite Kammer. Davon werden 40 direkt vom Volk gewählt: 25 in Flandern und 15 in Wallonien (Art. 67 Verf.). Für die Direktwahl sind drei Wahlkreise vorgesehen: Ein Wahlkreis für die Flämische Region außer Halle-Vilvoorde, das aufgrund seines großen französischsprachigen Bevölkerungsanteils mit Brüssel zusammen einen Wahlkreis bildet, einer für die Region Brüssel-Hauptstadt und Halle-Vilvoorde sowie einer für die wallonische Region. 21 Senatoren werden von den drei Gemeinschaftsräten bestimmt: zehn Flamen, zehn Wallonen und ein Deutschsprachiger. Zehn Senatoren werden kooptiert: sechs Flamen und vier Frankophone. „Die Kinder des Königs oder in deren Ermangelung die belgischen Nachkommen des zur Herrschaft berufenen Zweiges der Königlichen Familie sind von Rechts wegen mit achtzehn Jahren Senatoren. Sie sind erst mit einundzwanzig Jahren stimmberechtigt. Sie werden für die Festlegung des Quorums nicht berücksichtigt“ (Art. 72 Verf.).

Die Senatoren werden auf vier Jahre gewählt, so dass auch der Senat alle vier Jahre vollständig erneuert wird. Um zum Senator gewählt zu werden, muss man die belgische Staatsangehörigkeit besitzen und mindestens 21 Jahre alt sein (Art. 69 Verf.). Die Senatoren beziehen – im Gegensatz zu den Mitgliedern der Abgeordnetenkammer – kein Gehalt. Parallel zur Verkleinerung

des Senats wurden auch seine Kompetenzen reduziert. Exklusive Rechte besitzt der Senat nur noch im Falle des Interessenkonflikts zwischen Zentralstaat, Regionen und Gemeinschaften. Zusammen mit der Abgeordneten-kammer besitzt er auch einige Rechte, darunter das Gesetzesinitiativrecht. Auch muss er Verfassungsänderungen seine Zustimmung geben. Insgesamt gesehen sollte jedoch der neue Senat mehr eine „Reflexions-Kammer“ (*chambre de réflexion*) bzw. ein „Senat der Gemeinschaften“ werden, da er mehr die neuen Gemeinschaften repräsentieren soll. Ministerpräsident Verhofstadt versuchte 2001 den Senat durch eine Kammer der Regionen, in der alle Regionen und Sprachgemeinschaften Belgiens vertreten sein sollten, gemäß dem Muster des Deutschen Bundesrats, umzuwandeln. Für Verhofstadt war der Senat weder seiner Rolle als Begegnungsstätte zwischen den Gemeinschaften noch als Kammer der Reflexion und Denkwerkstatt ausreichend gerecht geworden. Er konnte sich jedoch nicht durchsetzen.

Die Staatsreformen in Belgien haben dazu geführt, dass sich das Königreich heute als ein kompliziertes föderatives Gebilde präsentiert, in dem auf der Regionalebene nicht weniger als fünf Parlamente mit unterschiedlichen Kompetenzen wetteifern. Anders als für die Abgeordneten-kammer und den Senat finden die Wahlen für die Regionalräte alle fünf Jahre statt. 1980 entschieden sich die Flamen für die Fusion der Flämischen Gemeinschaft mit der Region Flandern, so dass die Flämische Gemeinschaft und die Region Flandern dieselben Institutionen haben, also ein einziges Parlament und eine einzige Regierung. So bildet der Flämische Rat das aus 124 Mitgliedern bestehende Regionalparlament Flanderns. Er setzt sich aus 118 in Flandern sowie sechs in Brüssel-Hauptstadt direkt gewählten Abgeordneten zusammen. Die 19 wallonischen Abgeordneten des Regionalrates Brüssel-Hauptstadt sind gleichzeitig Mitglieder im Wallonischen Regionalrat und verfügen über ein Doppelmandat.

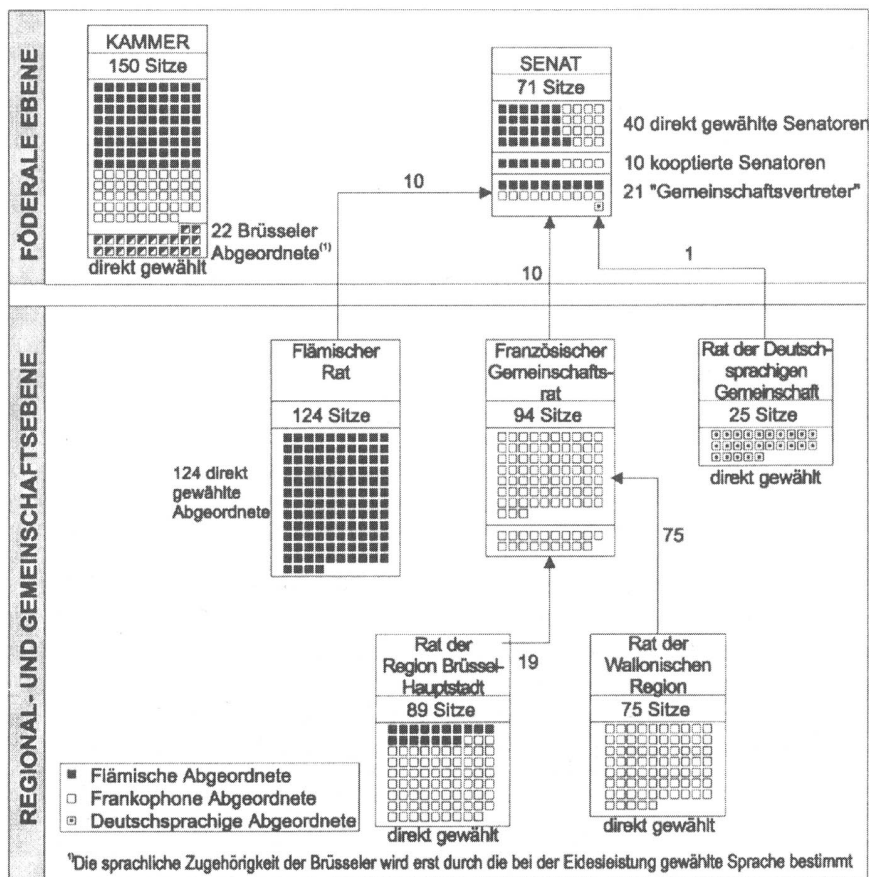
Dagegen ist die Situation auf wallonischer Seite komplizierter. Es gibt hier einmal den Französischen Gemeinschaftsrat, den Wallonischen Regionalrat sowie den Regionalrat Brüssel-Hauptstadt. „Um der Eigenart des südlichen Landesteils gerecht zu werden, wird im Zuge der jetzigen Staatsreform ein Mechanismus eingebaut, der es der Französischen Gemeinschaft und der Region Wallonien und der Französischen Gemeinschaftskommission der Region Brüssel-Hauptstadt (COCOF) ermöglicht, zu beschließen, dass in gegenseitiger Absprache die eine oder andere Zuständigkeit der Französischen Gemeinschaft durch die Wallonische Region und durch die COCOF ausgeübt werden kann.“¹ Der Wallonische Regionalrat besteht aus inzwischen 89 Mitgliedern. Zusammen mit den 19 wallonischen Mitgliedern des Regionalrats Brüssel-Hauptstadt bildet er den Französischen Gemeinschaftsrat. Dem Rat der deutschsprachigen Gemeinschaft gehören 25 Mitglieder an. Die Wahlen zu den Regionalräten finden immer am Tag der Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt.

Eine der umfassendsten Neuerungen der 1993/94 vervollständigten Staatsreform besteht in der konstitutiven Autonomie des Flämischen Rats,

¹ *Grenz-Echo* vom 13.3.1993, S. 6.

des Französischen Gemeinschaftsrates und des Wallonischen Regionalrates. Diese drei Regionen können mit einer Zweidrittelmehrheit zum Beispiel die Zusammensetzung, Wahl und Arbeitsweise der Räte und ihrer jeweiligen Regierung selbst bestimmen. Dagegen haben die Region Brüssel-Hauptstadt und die deutschsprachige Gemeinschaft diese konstitutive Autonomie nicht erhalten. Die drei Regionen haben darüber hinaus auch die Kompetenz erhalten, selbstständig internationale Verträge abzuschließen. Sollten sich hieraus jedoch Streitigkeiten zwischen den Regionen und dem Zentralstaat entwickeln, so werden diese vom Schiedsgerichtshof (Art. 142 Verf.) geschlichtet.

Abbildung 2: Nationale und subnationale Parlamente in Belgien



Quelle: C. HECKING, *Das politische System Belgiens*, Opladen 2003, S.103.

Die belgische Parteienlandschaft

Die eigentlichen Entscheidungsakteure, die, wenn sie zu einer Einigung gelangen, das Votum des Parlaments dominieren, sind das Kabinett, die die Regierung tragenden Parteien, d.h. deren Vorstände, sowie die mächtigen Interessengruppen und -verbände. Die Parteien, nicht so sehr die Parlamentsfraktionen, wirken auch auf den Meinungsbildungsprozess im Kabinett ein. Angesichts dieser Machtkonstellation, in der das Parlament zwischen den mächtigen Akteuren Kabinett einerseits und Parteien andererseits sowie drittens den auf diese beiden Akteure einwirkenden Interessengruppen steht, nimmt es nicht wunder, dass die Bedeutung des im engeren Sinne parlamentarischen Prozesses in Belgien nicht sehr hoch eingeschätzt wird. Die Durchdringung des politischen Systems durch Parteien ist in Belgien noch stärker als in Deutschland ausgeprägt. Es erfolgt eine Aushöhlung der ausführenden Regierungsgewalt und ihrer Verwaltung durch die Parteien. Die eigentliche politische Kontrolle erfolgt nicht so sehr im Parlament als vielmehr durch die Parteien, deren Vorsitzende bewusst nicht Mitglieder der Regierung werden, um aus einer unabhängigeren Position heraus besser wirken zu können.

Anders als in Deutschland sind Parteien in Belgien nicht mit einem eigenen Verfassungsartikel bedacht. Seit 1978 gibt es keine gesamtbelgische, nationale Partei mehr, da die einst unitären Parteiströmungen – Sozialisten, Christdemokraten und Liberale – dem Regionalisierungsprozess Tribut zollen mussten und seit dieser Zeit jeweils getrennt in Flandern und Wallonien kandidieren. So ist das belgische Parteiensystem heute ein Vielparteiensystem, das im Wesentlichen aus folgenden Parteien besteht: Da sind zunächst die christdemokratischen Parteien, die in Flandern bis 2001 unter dem Namen CVP (*Christelijke Volkspartij*) bekannt waren. Auf ihrem Parteikongress im September 2001 änderte sie ihren Namen in *Christen Democratische en Vlaamse Politieke Partij* (CD&V), womit einer weiteren Regionalisierung entgegen gekommen wurde. Seit Jahrzehnten bilden die Christdemokraten die stärkste Partei Flanderns. Dagegen waren die Christdemokraten in Wallonien nie stark vertreten. Auch sie änderte ihre Namen von *Parti Social Chrétien* (PSC) in *Centre Démocrate Humaniste* (CDH) im Jahr 2002.

Die zweite große Parteienfamilie bilden die Sozialisten, die vor allem in industriellen Süden Walloniens jahrzehntelang dominierten. Noch immer gilt die *Parti Socialiste* (PS) als Vorreiter regionaler Autonomieforderungen. Ihre Schwesterpartei, die flämische *Socialistische Partij* war lange Zeit unitarisch eingestellt, bekennt sich jedoch, dem Regionalisierungstrend folgend, offen zum Föderalismus und zur Regionalisierung. 2001 beschloss die Sozialistische Partei unter dem Namen *Socialistische Partij – Anders* (SP. A) einen Neuanfang. Die Sozialisten sind in Flandern aber nie über die zweite Position im Parteiensystem hinausgekommen.

Die dritte große Parteienfamilie bilden die Liberalen. Die flämischen Liberalen – bis 1992 noch *Partij voor Vrijheid en Vooruitgang* (PVV) – waren lange Zeit Anhänger eines unitarischen Belgiens. Doch 1992 änderten sie nicht nur ihren Namen in *Vlaamse Liberale en democraten* (VLD), sondern auch sie setzten sich für Föderalisierung sowie eine größere finanzielle und fiskalische Autonomie Flanderns ein. Auch ihre wallonische Schwesterpartei

Parti Réformateur Liberal (PRL) war lange Zeit unitarisch. Sie vereinigte 2002 mit *Front Démocratique des Francophones de Bruxelles (FDF)* und einer weiteren kleinen Partei zum *Mouvement Réformateur (MR)*

Tabelle 1: Wahlen zur belgischen Abgeordnetenkommer seit 1946 (Stimmanteile und Mandatsverteilung)

	1946	1949	1950	1954	1958	1961	1965	1968	1971	1974	1977	1978	1981	1985	1987	1991	1995	1999	2003	2007	
Christdemokraten	%	42,5	43,6	47,7	41,2	46,5	41,5	34,5	31,7	30,0	32,3	36,0	36,3	26,4	29,3	27,5	24,5	24,9	20,0	18,8	24,6
(CVP/PPSC) ^b	n	92	105	108	95	104	96	77	69	67	72	80	82	61	69	62	57	41	32	29	40
Sozialisten	%	31,6	29,8	34,5	37,3	35,8	36,7	28,3	28,0	27,2	26,7	27,0	25,4	25,1	28,4	30,6	25,5	24,5	19,8	27,9	21,2
(SP/PS) ^f	n	69	66	77	86	84	84	64	59	61	59	62	58	61	67	72	63	41	33	48	34
Liberale	%	8,9	15,3	11,3	12,2	11,1	12,3	21,6	20,9	16,7	15,2	15,5	15,5	21,5	20,9	20,9	20,2	24,4	24,4	26,8	24,3
(VLD/PRL) ^c	n	17	29	20	25	21	20	48	47	34	30	33	37	52	46	48	46	39	41	49	41
Flämische	%	-	-	-	2,2	2,0	3,5	6,7	9,8	11,0	10,2	10,6	7,0	9,8	7,9	8,0	5,9	4,7	5,6	3,1	-
Volksunie (VU) ^g	n	-	-	-	1	1	5	12	20	21	22	20	14	20	16	16	10	5	8	1	-
Kommunisten	%	12,7	7,5	4,8	3,6	1,9	3,1	4,6	3,3	3,2	3,2	2,7	3,3	2,3	1,2	0,8	0,1	0,1	0,1	0,3	-
(KPB/PCB)	n	23	12	7	4	2	5	6	5	5	4	2	4	2	0	0	0	0	0	0	0
Frankophone Sprachp. (FDF-PPW) ^d	n	-	-	-	-	-	-	5	12	24	25	15	15	8	3	3	3	-	-	-	-
Grüne	%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4,5	6,2	7,1	10,0	8,4	14,4	5,6	9,1
(Agalev/Ecolo)	n	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	9	9	17	11	20	4	12
Vlaams Blok ^h	%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,1	1,4	1,9	6,6	7,8	9,9	11,6	2,0
	n	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	2	12	11	15	18	17
Sonstige	%	4,3	3,8	1,7	3,5	2,7	2,9	2,1	0,4	0,5	1,5	1,1	5,5	10,7	11,1	11,0	5,7	5,2	5,9	5,9	8 ⁱ
	n	1	0	0	1	0	2	0	0	0	0	0	1	3	1	0	4	2	1	1	6 ^j
Wahlbeteiligung ^a	%	90,3	94,4	92,6	93,2	93,6	92,3	91,6	90,0	91,5	90,3	95,1	94,8	94,5	93,6	94,1	92,7	91,1	90,6	91,2	91,9
Gesamtsitze	n	202	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	150 ^e	150	150	150	150

Anmerkungen:

- a In Belgien besteht Wahlpflicht
- b Ab 2003 CD&V und CDH ab, die CD&V trat 2007 zusammen mit der *Nieuw-Vlaamse Atlantie* an
- c VLD (*Vlaamse Liberale Demokraten*) nannten sich bis 1992 PVV (*Flämische Liberale*), die PRL wurde zur MRP
- d Die FDF ging 1995 und 1999 ein Bündnis mit der PRL ein
- e Durch die 4. Staatsreform 1993 wurde die Zahl der Sitze auf 150 reduziert
- f Ab 2003 SP.A
- g Ab 2003 N-VA
- h Ab 2007 Vlaams Belang
- i Darunter Lijst Dedecker (5 Sitze)
- j Darunter Lijst Dedecker 4,0%

Inzwischen bilden auch in Belgien die grünen die vierte Parteifamilie, wobei sie in Flandern zunächst unter dem Namen *Agalev* (*Anders gaan leven*, dt.: *Anders leben*) antraten, nach einer großen Wahlniederlage 2003 sich jedoch in *Groen* umbenannten. *Groen* versteht sich als flämische Partei und spricht sich für den Föderalismus aus. Die grünen in Wallonien wurden 1980 unter dem Namen *Ecolo* gegründet und die Partei konnte in Wallonien sogar zweistellige Wahlergebnisse einfahren und die Christdemokraten in ihrer Position als dritte Kraft gefährden.

Der *Vlaams Belang*, bis 2004 der *Vlaamse Blok*, ist eine rechtsextreme Partei, die die Unabhängigkeit Flanderns wie auch die Auflösung des „historischen Irrtums“ Belgien fordert. Dem *Vlaams Belang* gelingt es besonders, die Unterstützung jener Bürger zu erhalten, die sich durch Zuwanderung bedroht wie auch als Modernisierungsverlierer fühlen. Nach den Christdemokraten ist der *Vlaams Belang* zweitstärkste Kraft in Flandern.

Das rechtsextreme Pendant des *Vlaams Belang* in Wallonien ist der *Front National* (FN), der allerdings für die Einheit Belgiens eintritt und unitarisch und monarchisch orientiert ist. Aber auch er lehnt Einwanderung insbesondere nicht europäischer Ausländer nach Belgien ab. Er hat jedoch deutlich weniger Unterstützung als der *Vlaams Belang*.

Parlamentswahlen im Juni 2007

An der Parlamentswahl, für die in Belgien Wahlpflicht besteht, beteiligten sich von den 7,7 Mio. Wahlberechtigten 91,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Bei dieser Wahl haben die Wähler die Regierung Verhofstadt (bestehend aus VLD/MR+PS/SP.A+Spirit) abgewählt, obwohl die wirtschaftspolitische Bilanz der Regierung durchaus eindrucksvoll war. Sieben Jahre konnte der Staatshaushalt ausgeglichen werden und wies keine Neuverschuldung auf. Auch 200.000 neue Arbeitsplätze wurden, nicht zuletzt durch den Aufschwung in Deutschland, geschaffen.² Die Niederlage der Regierung kann auf die in jüngerer Zeit zunehmende Arbeitslosigkeit, Privatisierungen und die Kürzungspolitik der Regierung zurückgeführt werden. Auch wurde das Wahljahr von betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen begleitet, zum Beispiel den großen Arbeitskampf bei VW in Brüssel oder auch angekündigten Massenentlassungen bei Opel in Antwerpen. Noch wenige Tage vor der Wahl wurde ein landesweiter Streik gegen weitere Privatisierungspläne bei der Post durchgeführt.³

Seit 2003 konnte sich der Ministerpräsident, dessen flämische Liberale (VLD) gemeinsam mit der französischsprachigen liberalen Reformbewegung (MR) und den Sozialisten Flanderns und Walloniens (SP.a und PS) ein „lila Bündnis“ eingegangen waren, in der Kammer auf eine komfortable Mehrheit

² Vgl. FAZ vom 9. Juni 2007.

³ C. PASSIN, *Analyse der belgischen Parlamentswahl in Bezug auf das Wahlprogramm der siegreichen Christdemokratisch & Flämisch (CD&V)*, o.O. 2007, online unter http://www.modernpolitics.at/service/download/index.php?download=belgien_062007.pdf.

(97 von 150 Sitze) stützen. Verhofstadts flämische Liberale wurden abgestraft und büßten sieben Mandate ein. Sie verloren 5,4-Prozentpunkte. Noch deutlicher verloren die bisher ebenfalls in der Regierung vertretenen Sozialisten, die insgesamt neun Mandate verloren und nur noch auf 14,3% der Stimmen kamen. Die Grünen (Groen), die 2003 noch am Einzug in das Parlament scheiterten, sind nun mit vier Abgeordneten vertreten. Die größten Gewinner in Flandern waren die Christdemokraten (CD&V), die zusammen mit der nationalistischen Neuen Flämischen Allianz (N-VA) eine Verbindung eingegangen waren und acht zusätzliche Sitze gewinnen konnten. Stimmenmäßig steigern konnte sich auch der separatistische, nationalistische Vlaams Belang, der nun auf 12 Prozent der Stimmen kam, dennoch aber einen Sitz einbüßte und nun auf 17 Sitze kommt. Dieses Ergebnis kam nicht zuletzt durch die Liste Dedecker zustande, ein flämisch, nationalistisch und rechts ausgerichteter Politiker, der mit seiner Liste auf Anhieb vier Prozent der Stimmen und damit fünf Abgeordnetensitze erreichen konnte. Auch wenn der Vlaams Belang nicht koalitionsfähig ist, so darf nicht übersehen werden, dass er auf Landesebene erstmals dritte Kraft geworden ist. Das bedeutet natürlich auch, dass eine Regierungsbildung außerordentlich erschwert wird, steht doch damit ein wichtiger Teil von Abgeordneten zur Mehrheitsbildung nicht zur Verfügung. Insgesamt gesehen hat die Wahl in Flandern einen deutlichen Ruck nach rechts hervorgebracht, der die Kluft mit Wallonien in der Zukunft noch weiter vertiefen dürfte.

In Wallonien tendiert das Wahlergebnis in eine ähnliche Richtung wie in Flandern. Die Sozialisten erlitten ebenfalls große Verluste (minus 6,9 Prozentpunkte) und landeten hinter den Liberalen auf dem zweiten Platz. Die Niederlage der seit mehreren Jahrzehnten die Politik in Wallonien dominierenden Sozialisten kam nicht unerwartet, hatten doch Skandale einzelner Parteimitglieder in Charleroi für Unmut in der Bevölkerung gesorgt und den Parteichef und wallonischen Ministerpräsidenten de Elio di Rupo sogar veranlasst, in den betroffenen Parteiliederungen zu intervenieren und die Region direkt unter seine Kontrolle zu stellen. In der von den Sozialisten regierten wallonischen Stadt Charleroi wurden immer wieder Veruntreuungen durch die Presse aufgedeckt und von der Justiz bestätigt. Es kam zu Verhaftungen des kommunalen Kassenbeamten sowie Sekretärs Charlerois, einiger Ratsherren und sogar des Bürgermeisters.

Die Liberalen erreichten sehr unterschiedliche Ergebnisse in der flämischen und wallonischen Region – in Flandern kann man gar von einem regelrechten Absturz sprechen. Diese Resultate zwangen den bisherigen Premierminister bereits am Wahlabend, seine Niederlage einzugestehen. Die französischsprachigen Liberalen (MR) machten der bisher regierenden Sozialistischen Partei den Platz an der Spitze streitig – ein historischer Sieg.

Auf der französischsprachigen Seite haben die Zentristen der CDH (Französischsprachige Christdemokraten) in Brüssel Fortschritte machen können und fuhren auch in Wallonien gute Ergebnisse ein. Die Grünen haben die Stimmzahlen im Gegensatz zu 2003 verdoppeln können und die Zehnprozenthürde damit überschritten.

Tabelle 2: Ergebnisse der Parlamentswahl 2007

Partei	Wahlergebnis Belgien		Wahlergebnis Flandern		Wahlergebnis Wallonien	
	2007	+/-	2007	+/-	2007	+/-
CD&V, N-VA	18,5	+2,2	29,6	+3,8		
MR	12,5	+1,1			31,1	+2,8
Vlaams Belang	11,9	+0,4	18,9	+1,1		
Open VLD	11,8	-3,5	18,7	-5,4		
PS	10,8	-2,2			29,5	-6,9
SP.A Spirit	10,2	-4,7	16,3	-7,2		
CDH	6,0	+0,6			15,7	+0,4
Ecolo	5,1	+2,0			12,7	+5,3
Lijst Dedecker	4,0	+4,0	6,4	+6,4		
Groen!	3,9	+1,5	6,2	+2,4		
FN	1,9	+/-0			5,5	+/-0

CD&V, N-VA	christdemokratisch/flämisch-national
MR	liberal
Vlaams Belang	rechtsextrem-nationalistisch
Open VLD	liberal
PS	sozialdemokratisch
SP.A/Spirit	sozialdemokratisch/links-liberal
CDH	christdemokratisch-sozial
Ecolo	grün
Lijst Dedecker	national-populistisch
Groen!	grün
FN	rechtsextrem

Die wallonischen Liberalen konnten mit ihrem Spitzenkandidaten, dem bisherigen Finanzminister Didier Reynders, zwar stimmenmäßig leicht zulegen, mussten aber einen Sitz abgeben und verfügen nun anstelle von 24 Sitzen über 23 Sitze. Offensichtlich hat der aggressive Wahlkampfstil des Parteichefs, insbesondere die Thematisierung der Skandale der wallonischen Sozialisten, bei der Wählerschaft Unterstützung gefunden. Das Demokratisch-Humanistische Zentrum (CDH), das aus den früheren Christlich-Sozialen (PSC) hervorgeht und als Schwesterpartei der flämischen Christdemokraten gilt,

konnte leichte Gewinne erzielen und ist nun mit zehn Abgeordneten in der Kammer vertreten. Der Erfolg beruht besonders auf einem Zugewinn in Brüssel. Einen besonderen Erfolg erzielten die Grünen, die um 5,3 Prozentpunkte zulegen konnten und nun über acht Mandate verfügen. Ein Pendant zum *Vlaams Belang* gibt es in der Wallonie nicht, doch erhielt die nationalistische *Front National* so viele Stimmen, dass sie nun mit einem Abgeordneten in der Kammer vertreten ist.

Gescheiterte Regierungsbildung

Flanderns Christdemokraten befanden sich wieder in der Rolle wie zwischen 1958 bis 1999, als ihre Regierungsbeteiligung unumgänglich war. Yves Leterme, Ministerpräsident Flanderns und Chef der flämischen Christdemokraten, wurde mit der Bildung der Regierung beauftragt. Doch es sollte sich sehr schnell herausstellen, dass diese Regierungsbildung eine sehr langwierige Angelegenheit werden würde. Der Hauptgewinner der Wahl, die flämischen Christdemokraten, wünschten eine weitere Staatsreform mit dem Ausbau der Befugnisse der Regionen Flandern und Wallonien, insbesondere hinsichtlich der Steuer-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Verkehrspolitik.⁴ Eine Regierung aus Christdemokraten und Liberalen hätte zwar über eine Mehrheit von 81 Sitzen verfügt, hätte jedoch keine verfassungsändernde Mehrheit besessen. Ganz davon abgesehen schien eine erfolgreiche Regierungsbildung auch deshalb schwierig, da es seit dieser Wahl auch zunehmend fraglich wurde, noch von Parteifamilien zu sprechen, da doch die Regionalinteressen immer stärker in den Vordergrund gestellt wurden. So bilden zwar sowohl die Liberalen, die Sozialisten, die Christdemokraten wie auch die Grünen in der Kammer Fraktionen, doch hat die Wahl gezeigt, dass zum Beispiel die Gräben zwischen den christdemokratischen Parteien tiefer geworden sind. Die Bildung einer Allianz der flämischen Christdemokraten mit der Neuen Flämischen Allianz, die für ein separates Flandern eintritt, veranlasste die wallonische CDH, nicht mit dem Wahlsieger Yves Leterme, dem Vorsitzenden der flämischen Christdemokraten, bei der Regierungsbildung zusammenzuarbeiten. Ein Problem bestand auch darin, dass sich die Vorsitzende der französischsprachigen Christlichen Demokraten/Humanisten, Joelle Miquet, gegen jede weitgehende Verfassungsänderung sperrte.

Leterme versuchte dennoch, den Auftrag des Königs zur Regierungsbildung zu erfüllen. Doch nach 75 Tagen vergeblichen Bemühens gab er dem König seinen Auftrag zurück, so dass Belgien weiterhin kommissarisch von der Regierung Verhofstadt regiert wurde. Die gegenseitige Blockade von Flamen und Wallonen in Bezug auf die Staatsreform war unüberwindbar. König Albert II. bewertete die Lage als eine „politische Krise“ und beauftragte den früheren Premierminister Dehaene mit dem Versuch der Lösung der Krise – ein Unterfangen, das aber nicht erfolgreich verlief. Schließlich gab der König dem Wahlsieger Leterme ein zweites Mandat, um die Regierungs-

⁴ Vgl. FAZ vom 25.08.2007.

bildung zu vollziehen. Wie schwierig der Auftrag für Leterme werden sollte, zeigte sich Anfang November 2007. Einer Aufforderung des Verfassungsgerichts von 2003 nachkommend, hatte die flämische Mehrheit im innenpolitischen Ausschuss der Kammer die Spaltung eines zweisprachigen Wahlbezirks im Großraum Brüssel beschlossen. Die französisch sprechenden Abgeordneten hatten bereits vor der Entscheidung mit ihrem Auszug gegen diesen Beschluss protestiert. Zum ersten Mal wurde gegen den Comment verstoßen, dass Konflikte zwischen den Sprachgruppen nur in beiderseitigem Einvernehmen geregelt werden sollten und nicht durch Überstimmung einer Sprachengruppe.

Die eigentlichen Gründe für das Scheitern der Regierungsbildung lagen in der zunehmenden Entfremdung zwischen Flamen und Wallonen. Während Wallonien während der Industrialisierung die reiche Region durch prosperierende Industrien wie Kohle und Stahl war, wurde Flandern durch bäuerliche Strukturen und wenig Industrie charakterisiert. Nach der Kohle- und Stahlkrise ist Wallonien zum Armenhaus Belgiens geworden und Flandern gehört, nicht zuletzt durch den Ausbau der Seehäfen Seebrügge und Antwerpen sowie der Handelsmetropole Antwerpen, zu den dreißig reichsten Regionen der Europäischen Union. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt mit knapp einem Viertel über dem EU-Durchschnitt, während die Arbeitslosenquote gerade einmal bei 6,5 Prozent liegt. Dagegen liegt das BIP pro Kopf in Wallonien 10 Prozent unter dem EU-Durchschnitt und die Arbeitslosenquote beträgt seit mehr als 25 Jahren über der 15-Prozentmarke.⁵ Viele Flamen haben heute das Gefühl, dass sie zum Zahlmeister für Wallonien geworden sind. So macht der Finanzausgleich zwischen Flandern und Wallonien 3,3 Prozent des BIP aus. Die flämische Mehrheit alimentiert nach dem Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie in Wallonien eine frankophone Minderheit, vor allem über die gemeinsamen Renten- und Sozialkassen. Hinzu kommt, dass flämische Unternehmen sich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch das kränkelnde Wallonien bedroht sehen und deshalb nach einer Flexibilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen streben.

Flämische Abgeordnete sehen sich durch wallonische Abgeordnete in ihrer Politikgestaltung behindert. Auch sind flämische Eliten, vor allem in der Wirtschaft, „nicht mehr willens, die Wallonen weiter auszuhalten und dafür noch den kulturellen Hochmut der Frankophonen zu erdulden.“⁶ Ein frankophones Selbstbewusstsein, das manchmal eben auch in Hochmut umschlug, wirkt bis heute fort.

Vor diesem Hintergrund gab der flämische Ministerpräsident Leterme am 1. Dezember 2007 sein zweites Mandat zur Regierungsbildung an König Albert II. zurück. Leterme scheiterte auch im zweiten Anlauf, so dass die längste Regierungskrise erst kurz vor Weihnachten mit einem typisch belgischen Kompromiss gelöst werden konnte.

5 *Staatenbund statt Bundesstaat*, in: *Le Monde Diplomatique* vom 9.11.2007.

6 D. SCHÜMER, *Das Ende von Belgien – Ein Nationalstaat zerfällt*, in: FAZ vom 14.12.2007.

Kompromiss auf belgisch – die Quartalsregierung Verhofstadt

Nachdem mehr als 190 Tage um die Regierungsbildung verhandelt worden war, ohne dass eine Lösung gefunden wurde, beauftragte König Albert II. den amtierenden Regierungschef Verhofstadt mit der Regierungsbildung einer Übergangsregierung, die bis Ende März 2008 die dringendsten Aufgaben für den Föderalstaat Belgien bewerkstelligen sollte. Nachdem die CDH Walloniens ihre Blockadehaltung aufgegeben hatte, gelang es Verhofstadt eine Regierung aus den flämischen CD&V, ihrer frankophonen Schwesterpartei CDH, aus seinen flämischen Liberalen und ihrem frankophonen Pendant, dem Mouvement Reformateur, sowie den Sozialisten aus Wallonien zu bilden. Die fünf Regierungsparteien verfügen in der Kammer mit 101 Mandaten zwar über eine knappe Zweidrittelmehrheit, doch sollte eine weitere Staatsreform gelingen, müssten die flämischen Sozialisten in solch einer Konstellation auch vertreten sein. Der Regierung gehören 14 Minister, aber keine Staatssekretäre an, wobei Yves Leterme wie auch der wallonische Liberale Didier Reynders Stellvertreter Verhofstadts sind. Die Übergangsregierung Verhofstadt erhielt im Parlament das Vertrauen. Ministerpräsident Verhofstadt hat für seine kurze Regierungszeit ein Zehn-Punkteprogramm vorgelegt, das insbesondere eine weitere Sanierung der Staatsfinanzen, steuerliche Entlastungen, Umweltschutzmaßnahmen sowie das Ziel einer schnellen Ratifizierung des Lissabonner Vertrags über die Reform der EU vorsieht.⁷ Mit der Etablierung der Übergangsregierung Verhofstadt wurde das dringendste politische Problem Belgiens, die Staatsreform, nicht gelöst, sondern lediglich vertagt.

Zur Zukunft Belgiens

Seit 1978 gibt es keine „nationale“ Partei mehr, die in allen Landesteilen kandidiert und welche die Interessen des Gesamtstaats Belgiens vertritt.⁸ Rundfunk- und Fernsehanstalten senden für die Bevölkerungen ihrer jeweiligen Landesteile. Zeitungen erscheinen entweder in französischer oder flämischer Sprache. Auch liest das Bildungsbürgertum in Flandern nicht mehr die französischsprachigen Zeitungen, da man sich kaum für Entwicklungen in Wallonien interessiert. Kein Flame erfährt aus seinen Medien, was einen Wallonen beschäftigt, kein Wallone wird über die Themen der Flamen informiert. Es gibt zwar noch eine gemeinsame Politik für alle Belgier, aber keine gemeinsame Gesellschaft mehr. Dennoch wollen sowohl Flamen als auch Wallonen die Fortsetzung des Föderalstaats Belgien. So sprachen sich die Flamen in einer Umfrage der Zeitung *La Libre Belgique* 2007 mit 72 Prozent für den Fortbestand der Nation aus. Die Wallonen stimmten

⁷ FAZ vom 22.12.2007.

⁸ H. ABROMEIT, *Was begünstigt und was behindert Verfassungsreformen?*, in: K.-D. WOLF (Hrsg.), *Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform?*, Baden-Baden 2007, S. 71.

zu 88 Prozent für den Fortbestand Belgiens. Eine Minderheit von weniger als 20 Prozent spricht sich für eine sofortige Teilung des Königreichs aus.⁹

Das Wahlergebnis vom Juni 2007 beunruhigt die französischsprachigen Belgier. Die CD&V/N-VA bestürzt viele Südbelgier durch ihre offenen, separatistisch motivierten Reden und ihre sprachlichen Ansichten, die die französischsprachigen Belgier als „mental unfähig für das Erlernen der niederländischen Sprache“ propagieren.

Zu dieser komplexen Konstellation kommt noch die Partei *Vlaams Belang* dazu, die mit xenophoben und populistischen Diskursen die Unabhängigkeit der flämischen Region fordert und nach den Wahlen zweitwichtigste Partei in Flandern bleibt. Ein Antrag auf Unabhängigkeit für Flandern seitens des *Vlaams Belang* wurde allerdings im November 2007 im Parlament zurückgewiesen. Auch gab es im November eine Großdemonstration in Brüssel, auf der ca. 35.000 Menschen für die Einheit des Königreichs demonstriert hatten. Zunehmend sieht man auch, besonders in Brüssel und Wallonien, die belgischen Flaggen, von Privatleuten gehisst, um für ein einheitliches Belgien zu demonstrieren. Es scheint, als befürchten viele Menschen ein Zerbrechen des Staates Belgien, der mit dem 1970 begonnenen Umbau vom Zentral- zum Bundesstaat einen tief greifenden Wandel erlebt hat

⁹ Weitere Informationen zur belgischen Politik finden sich bei: J. KOLL (Hrsg.), *Belgien – Geschichte, Politik, Kultur, Wirtschaft*, Münster 2007; D. ROCHTUS, *Belgien vor dem Kollaps*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Bd. 8 (2008), S. 6–12,